

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	XV
Literaturverzeichnis .....	XIX
Teil I: Einführung .....	1
Teil 2: Die Steuerbarkeit von Arbeitslohn des Arbeitgebers in geldwerten Vorteilen .....	5
A. Definition der Arbeitnehmereigenschaft .....	5
B. Definition der Arbeitgebereigenschaft .....	7
C. Arbeitslohnbestimmung im Einkommensteuerrecht .....	8
I. Zusammenhang zwischen Einnahme und Dienstverhältnis .....	10
1. Gemischte Veranlassung .....	11
2. Sichtweise der Beurteilung .....	12
II. Fälle des überwiegend eigenbetrieblichen Interesses .....	13
1. Gemischte Veranlassung .....	16
2. Fahrergestellung bei Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte und Familienheimfahrten .....	17
III. Gelegenheitsgeschenke .....	20
IV. Abgrenzung zwischen Lohn in Geld und in geldwerten Vorteilen ..	21
1. Lohn in ausländischer Währung .....	23
2. Beurteilung von Warengutscheinen .....	25
a) Bisherige Auffassung der Finanzverwaltung und von Teilen der Rechtsprechung .....	25
b) Neue Entscheidungen des BFH .....	27
c) Stellungnahme .....	29
3. Umwandlung von Barlohn in Sachlohn .....	30
V. Zufluß der Einnahme .....	31
VI. Zwischenergebnis zur Arbeitslohnbestimmung im Einkommensteuerrecht .....	33
D. Gesetzliche Steuerbefreiungen .....	35
I. § 3 Nr. 4, 5 EStG: Bundeswehr, Wehr-, Zivil- und Bundesfreiwilligendienst .....	35

II.	§ 3 Nr. 31 EStG: Berufskleidung .....	37
III.	§ 3 Nr. 32 EStG: Betriebliche Sammelbeförderung .....	39
IV.	§ 3 Nr. 33 EStG: Kinderbetreuung .....	41
V.	§ 3 Nr. 34 EStG: Gesundheitsförderung .....	43
VI.	§ 3 Nr. 38 EStG: Sachprämien aus Kundenbindungsprogrammen ..	45
VII.	§ 3 Nr. 39 EStG: Betriebsbeteiligungen .....	47
	1. Voraussetzungen .....	48
	a) Begünstigte Beteiligungsformen .....	48
	aa) Mitarbeiterbeteiligungs-Sondervermögen .....	49
	bb) Aktienoptionen .....	50
	b) Begünstigte Personen .....	51
	c) Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer .....	52
	aa) Möglichkeit der Angebotsmodifikation .....	53
	bb) Steuerliche Folgen bei Verstößen .....	55
	d) Unentgeltliche oder verbilligte Überlassung .....	56
	e) Wegfall der Merkmale Freiwilligkeit und Zusätzlichkeit der Leistung .....	57
	f) Bewertung und Bewertungszeitpunkt .....	58
	2. Erhöhter Freibetrag .....	61
	3. Konzernklausel .....	62
	4. Verhältnis zu § 19 a EStG .....	62
	5. Zwischenergebnis zu § 3 Nr. 39 EStG .....	63
VIII.	§ 3 Nr. 45 EStG: Private Nutzung betrieblicher Personalcomputer und Telekommunikationsgeräte .....	65
IX.	§ 3 Nr. 63, 66, 55, 56 EStG: Betriebliche Altersvorsorge .....	67
	1. § 3 Nr. 63 EStG .....	68
	2. § 3 Nr. 66 EStG .....	69
	3. § 3 Nr. 55 EStG .....	70
	4. § 3 Nr. 56 EStG .....	72
X.	§ 3 Nr. 62 EStG: Zukunftssicherung .....	73
XI.	Zwischenergebnis zu den gesetzlichen Steuerbefreiungen .....	75
Teil 3: Die Bewertungsvorschriften .....		79
A.	Bewertung nach § 8 Abs. 3 EStG .....	79
I.	Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen des § 8 Abs. 3 EStG .....	80
	1. Tatbestandsvoraussetzungen .....	80
	a) Waren und Dienstleistungen .....	80
	b) Zuwendung aufgrund eines Dienstverhältnisses .....	83

c) „vom Arbeitgeber nicht überwiegend für den Bedarf seiner Arbeitnehmer hergestellt, vertrieben oder erbracht“ .....	83
aa) Ausschluß von Drittzuwendungen .....	84
bb) Markteilnahme des Arbeitgebers/ Angebot im allgemeinen Geschäftsverkehr .....	85
cc) Rohstoffe, Zutaten, Halbfertigerzeugnisse .....	87
dd) Beschädigte Ware und sog. Hilfsgeschäfte .....	88
ee) Angebot unter Auflage .....	88
d) Keine Pauschalbesteuerung nach § 40 EStG .....	91
2. Rechtsfolgenseite .....	92
a) Endpreise, zu denen der Arbeitgeber anbietet .....	92
b) Endpreise, zu denen der nächstansässige Abnehmer anbietet	94
aa) Praktische Probleme .....	95
cc) Preisabschlag von 4 v. H. .....	97
d) Der Rabattfreibetrag .....	99
3. Zwischenergebnis .....	100
II. Das Verhältnis zu 8 Abs. 2 EStG .....	102
1. Wahlrecht .....	103
2. § 8 Abs. 3 EStG als lex specialis .....	103
3. Stellungnahme .....	105
III. Verfassungsmäßigkeit des § 8 Abs. 3 EStG .....	106
1. Ungleichbehandlung im Vergleich zu anderen Einkunftsarten ..	108
2. Ungleichbehandlung innerhalb der Arbeitnehmerschaft .....	111
a) Arbeitnehmer, denen keine Sachbezüge gewährt werden ....	112
b) Arbeitnehmer, die nur Sachbezüge nach § 8 Abs. 2 EStG erhalten können .....	112
aa) Eine Ansicht: Rechtfertigung möglich .....	113
bb) Andere Ansicht: Ungleichbehandlung nicht zu rechtfertigen .....	114
cc) Stellungnahme .....	115
c) Arbeitnehmer, die den Rabattfreibetrag jährlich mehrfach erhalten .....	118
3. Zwischenergebnis zur Verfassungsmäßigkeit des § 8 Abs. 3 EStG .....	119
B. Lohnsteuerliche Behandlung .....	120
I. Die Pauschalierungsmöglichkeit nach § 37 b EStG .....	121
1. Tatbestandsvoraussetzungen .....	122
a) Einheitliche Pauschalierung innerhalb eines Wirtschaftsjahres .....	122
aa) Unterscheidung zwischen Arbeitnehmern und sonstigen .....	124

bb) Widerrufsmöglichkeit .....	125
b) Zusätzliche, betrieblich veranlaßte Zuwendungen .....	127
aa) Gemischte Veranlassung .....	128
bb) Warengutscheine .....	129
c) Geschenke .....	129
d) Bemessungsgrundlage .....	130
aa) Selbst hergestellte Sachzuwendungen .....	131
bb) Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens und Überlassungen mit unverhältnismäßig geringem Aufwand .....	132
e) Vorrang anderer Regelungen .....	133
f) Pauschalierungshöchstbeträge .....	135
aa) Aufwand je Empfänger und Wirtschaftsjahr .....	136
bb) Aufwand pro einzelne Zuwendung .....	137
2. Folgen der Inanspruchnahme .....	139
a) Pauschalbesteuerung mit 30 v. H. .....	140
b) Anmeldung und Abführung der Steuer .....	142
3. Haftungsfragen .....	143
a) Anwendbarkeit des § 42 d EStG .....	143
b) Haftung des Arbeitnehmers nach § 42 d EStG analog .....	145
4. Zwischenergebnis zu § 37 b EStG .....	147
 Teil 4: Anwendbarkeit der Bewertungsvorschriften in Konzernstrukturen ..	151
A. § 8 Abs. 3 EStG .....	151
I. Generelle Anwendbarkeit in Konzernstrukturen .....	151
1. Eine Ansicht: § 8 Abs. 3 EStG bei Konzernrabatten möglich ....	152
2. Andere Ansicht: Ausschluß in Konzernstrukturen .....	154
3. Stellungnahme .....	155
II. Umstrukturierungsfälle .....	157
1. Meinungsstand .....	158
2. Rechtsprechung des BFH .....	160
a) BFH-Urteil vom 28.08.2002 (Druckerurteil) .....	160
b) BFH-Urteil vom 01.10.2009 .....	162
3. Stellungnahme .....	165
a) Zum generellen Meinungsstand .....	165
b) Schlußfolgerungen aus der neuen BFH-Rechtsprechung .....	168
III. Arbeitsrechtlicher Gemeinschaftsbetrieb .....	170
1. Befürwortende Ansicht im Schrifttum .....	171
2. Ablehnende Ansicht .....	173
3. Stellungnahme .....	175

B. § 37 b EStG .....	177
I. Qualifikation der Arbeitnehmer in Konzernen .....	177
II. Mindestbemessungsgrundlage .....	179
C. Zwischenergebnis zur Anwendung der Bewertungsvorschriften in Konzernstrukturen .....	182
<b>Teil 5: Zusammenfassung der Ergebnisse .....</b>	<b>185</b>
<b>Teil 6: Resumé .....</b>	<b>193</b>